



Diskussionsbeitrag zum Thema



Bürgerrat für Haltern

Demokratie lebendig gestalten in Haltern am See



Plädoyer

**für die Einrichtung von Bürgerräten
in der Stadt Haltern am See
zur Bereicherung der lokalen Demokratie**

April 2021

Inhaltsübersicht:

Unsere Forderung: Ein Bürgerrat für Haltern am See!

- Warum Bürgerräte?
- „Demokratie neu denken - Mut zu Experimenten“
- Bürgerrats-Bewegung breitet sich aus

Was sind Bürgerräte?

- Bürgerräte: Demokratie neu denken – Eigenverantwortung stärken
- Lokale Bürgerräte in den Kommunen als beratende Gremien
- Die Methode der kommunalen Bürgerräte
- Konsequenzen aus den präsentierten Ergebnissen ziehen

Begründung für Bürgerräte:

- Umfrage-Ergebnisse: Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie
- Wunsch nach Mitwirkungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen
- Mittel gegen Politikverdrossenheit
- Krisensymptome des politischen Systems und Protesthaltungen
- Geringer Organisationsgrad der einflussreichen Parteien
- Trends zu Veränderungen in der Parteienlandschaft
- Veränderungen durch Bürgerbewegungen
- Bürgerbeteiligung als Grundidee der Demokratie
- Vorteile verbesserter Bürgerbeteiligung
- Pro und Kontra Bürgerbeteiligung

Anhang

- Informationen, Praxismodelle und Hilfestellungen für Bürgerbeteiligung
- Einige weiterführende Links zum Thema Bürgerräte
- Kommunale Bürgerbeteiligung nach der Gemeindeordnung NRW

*„Demokratie kann nur in Bewegung bleiben,
wenn Menschen bereit sind,
sich politisch einzumischen“.*

(Der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau, 2003)

Unsere Forderung: Ein Bürgerrat für Haltern am See!

Warum Bürgerräte?

Allgemein ist in Deutschland unser demokratisches System in einer Krise und fast jede/jeder Zweite hat bei den diesjährigen Kommunalwahlen in NRW nicht einmal sein Wahlrecht wahrgenommen. Eine liberale Demokratie kann nur bestehen, wenn möglichst viele Menschen sich immer wieder einbringen, sich engagiert beteiligen und am Fortbestand gerade dieser Regierungsform mitarbeiten.

Transparenz der Entscheidungsprozesse, Partizipation möglichst vieler Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen und Offenheit für die Interessen aller Gruppen tragen zur Belebung der Demokratie bei. Nur wenn möglichst viele Menschen den großen Wert demokratischer, den Menschenrechten verpflichteter Entscheidungs- und Verwaltungsformen anerkennen, bleibt sie auf Dauer erhalten.

- Daher stellt sich uns die Frage: Wie kommen wir zu einer lebendigen Demokratie, die Freude macht, Menschen zum Miteinander motiviert und die Gesellschaft in unserer Stadt voranbringt? Allzu viele Menschen erleben Politik als ein Geschehen, was ohne sie geschieht, erleben sich nicht als Akteur*in oder Beteiligte.

Wie aber vernetzt man die Konzepte der Bürger mit dem Geschehen in Politik und Verwaltung, so dass mehr Demokratie gelebt werden kann? Fordern wir die Antworten ein, leben wir mehr Demokratie, bringen wir unsere Stadt nach vorn!

Anregungen und Vorschläge von Bürgern sind in Haltern bereits beim Innenstadtkonzept (ISEK), bei den ersten Ortsteilforen oder mit der Mobilitätsbefragung 2019 einbezogen worden. Die hier vorgeschlagenen „Bürgerräte“ sind eine weitergehende Form der Bürgerbeteiligung, die zu einer stärkeren Identifikation der Halterner Bürger mit ihrer Stadt beitragen können. Dies gelingt am besten, wenn die Bürger aus ihrer politischen Zuschauerrolle herauskommen können und Mitwirkungsgelegenheit erhalten.

Der Chefredakteur der parteipolitisch unabhängigen Zeitschrift „Kommunal“¹, Christian Erhardt, schreibt:

„Die Demokratie braucht ein Update, sagen viele Bürger. Die Frischzellenkur kann aber nur aus den Kommunen heraus gelingen. Immer mehr Städte und Gemeinden versuchen mit vielen kleinteiligen Ideen, die Bürgerbeteiligung zu stärken.

(...) Gerade bei komplexen Themen, etwa einem Verkehrskonzept der Gemeinde oder aktuell der Klimadiskussion vor Ort, stoßen diese Modelle an ihre Grenzen. Was helfen

¹ <https://kommunal.de/b%C3%BCrgerbeteiligung-lotterie>

könnte wäre eine Rückbesinnung auf das alte Athen, die „Wiege der Demokratie“. Dort wurde der sogenannte „Rat der 500“ per Losverfahren besetzt. Der Vorteil: Alle gesellschaftlichen Gruppen haben automatisch die gleiche Chance, es braucht auch keine langwierigen Wahlverfahren oder eine Frauenquote.

Bürgerbeteiligung braucht keine komplizierten Modelle. Städte und Gemeinden haben die Möglichkeit, zur Stärkung der Bürgerbeteiligung Bürgerräte einzusetzen. Dafür müssen sie keine einzige Verordnung ändern. Solche Räte können, ähnlich wie die freiwilligen Fachausschüsse, beratend wirken.

Der Gemeinderat kann sie zu einzelnen Themen einberufen, damit haben sie dann auch ihre Legitimation. Sinn machen solche Bürgerräte zu den wirklich komplexen und zukunftsweisenden Themen einer Gemeinde, also auch nicht mehr als maximal ein bis zweimal einen Bürgerrat pro Jahr. Dafür aber gut vorbereitet und mit viel Zeit, damit sich die „per Losverfahren“ ausgewählten Mitglieder auch umfassend informieren und dann Vorschläge unterbreiten können.“

„Demokratie neu denken – Mut zu Experimenten“

„Wichtig ist, dass Bürgerräte beraten und nicht entscheiden! Das ist der wesentliche Unterschied zur direkten Demokratie. Und nein, solche Bürgerräte sind keine Konkurrenz zum Gemeindepapament. Sie untermauern und stützen die Stadt- und Gemeindepapamente. Wenn Bürger Zeit haben zur Information und sich ausführlich mit einem Sachverhalt auseinandersetzen müssen, entstehen auch Lösungen“.

(...) „Und wir als Gemeindevertreter fordern so auch von den Bürgern etwas ein. Diese wiederum haben das Gefühl, Teil einer Stadtgesellschaft zu sein und einbezogen zu werden. Gerade in kleineren Orten ist übrigens die Wahrscheinlichkeit entsprechend hoch, im Laufe des Lebens einmal für einen solchen Bürgerrat „ausgelost“ zu werden“.

„Bürgerräte können auch ein Mittel sein, um neue Mitglieder für den Gemeinderat und die Parteien zu finden. So manch einer fängt vielleicht Feuer und erkennt, dass auch die Arbeit in einer Partei und im Gemeinderat spannender ist als bisher gedacht. (...) Übrigens: Modelle für solche Bürgerräte gibt es bereits seit Jahren in mehreren Kommunen.“

Denken Sie doch vor Ort Demokratie auch immer wieder neu. Haben Sie ruhig „Mehr Mut zu Experimenten“! ²

Bürgerrats-Bewegung breitet sich aus

Bürgerräte sind der Versuch, „eingerostete Demokratien wieder ans Laufen zu bringen“³, und überall ist ihre Einführung mit großen Hoffnungen verbunden. Das

² Quelle: <https://kommunal.de/b%C3%BCrgerbeteiligung-lotterie>

³ Die ZEIT, Januar 2021

Ziel, die bewährte repräsentative Demokratie durch eine Kombination von Bürgerbeteiligung und evtl. Volksentscheiden auf Bundesebene zu ergänzen, steht auch im Koalitionsvertrag der Großen Koalition von CDU und SPD und wird auch von den Oppositionsparteien gefordert.

Der erste nationale Bürgerrat 2019 in Deutschland zum Thema „Demokratie“ unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten erarbeitete Vorschläge für mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen. Der zweite geloste Bürgerrat befasste sich mit Deutschlands Rolle in der Welt. Ein weiterer nationaler Bürgerrat startete Anfang 2021 zum Thema „Bildung und Lernen“, und der vierte Bürgerrat widmet sich ab 26. April 2021 dem Klima. In Vorbereitung sind sogar zwei globale Bürgerräte.

Inzwischen kann man von einer sich ausbreitenden „Bürgerrats-Bewegung“ auch in Deutschland sprechen, mit Landes- und bundesweiter Vernetzung. In 25 Ländern weltweit sind aktuell nationale und über 80 lokale Bürgerräte tätig oder in Vorbereitung, so auch in 15 deutschen Städten zu unterschiedlichen Themen. In 30 weiteren deutschen Städten sind Initiativen um die Einrichtung von Bürgerräten in ihrer Kommune bemüht, so auch in 3 Ruhrgebietsstädten - Haltern bereits mitgezählt. Wir sollten in unserer Stadt nicht die Letzten sein, sondern warum sollten wir nicht mit zu den Vorreitern gehören?

In diesem Sinne möchte das „Halturner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt“⁴ eine breite öffentliche Debatte in unserer Stadt dazu anstoßen, um die Bürger dafür zu gewinnen. Das Ziel ist es, den Stadtrat zu bewegen, das Mittel des Bürgerrats in den politischen Entscheidungsprozess in Haltern einzuführen und zum experimentellen Mut pro Bürgerräte ermuntern.⁵

Alljährlich könnten wir dann gemeinsam mit der Stadt und den Bürgern eine lokale Demokratie-Bilanz ziehen, was demokratisch gut und was weniger gut gelaufen ist und wo weitere Beteiligungs- und Verbesserungsmöglichkeiten sind



⁴ www.forumdrv.de

⁵ Siehe auch:

<https://www.mehr-demokratie.de/news/voll/reden-wir-ueber-buergerraete-online/>

<https://kommunal.de/b%C3%BCrgerbeteiligung-lotterie>

<https://oknrw.de/prima-klima-durch-buergerraete/>

<https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/buergerbeteiligung-in-der-praxis-methoden-und-verfahren-von-a-z/buergerrat/methodenbeschreibung/inhalt/komplettansicht/>

Was sind Bürgerräte?

Bürgerräte: „Demokratie neu denken“ – Eigenverantwortung stärken

Der Bürgerrat ist ein unparteiisches Sprachrohr der Bevölkerung und bringt Politik und Bürger näher zusammen. Er ist eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Politik sowie eine einfach, kostengünstig und rasch durchzuführende Möglichkeit, Selbstorganisation und Eigenverantwortung in der Bevölkerung zu stärken.

Der Bürgerrat ist ein Instrument der Politikberatung, demnach konsultativ und als Ergänzung zum repräsentativ-demokratischen System zu sehen. Unterstützt durch eine spezielle Art der Moderation erarbeiten im Losverfahren zufällig, aber repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde, Region oder eines Landes z. B. an einem Wochenende mit Unterstützung durch Experten und Moderatoren Lösungen für gesellschaftliche oder kommunale Herausforderungen. Diese stellen sie den gewählten Kommunalpolitikern und der Stadtverwaltung als „Bürgergutachten“ nach vorheriger Diskussion in der Bürgerschaft als Entscheidungshilfe und Empfehlung zur Verfügung

Lokale Bürgerräte in den Kommunen als beratende Gremien

Auf der kommunalen Ebene geht es um basisdemokratische Beteiligungsmodelle, denn bürgernahe, dezentrale Mitspracherechte der Bevölkerung stärken die Demokratie. Starke Kommunen sollen ins Zentrum der Demokratie rücken.

Lokale „Bürgerräte“ sind als beratende Gremien (neben den bestehenden gesetzlichen und direkten Beteiligungsstufen und -verfahren nach der Gemeindeordnung) zu sehen. Bürgerbeteiligung braucht keine komplizierten Modelle. Es beschließen weiterhin die Stadtparlamente, aber unter Einbeziehung der von den Bürgerräten erarbeiteten Empfehlungen, Anregungen und Anliegen.

- Themen- und anlassbezogen werden durch Losverfahren aus dem Einwohnermelderegister repräsentativ zusammengesetzte Gruppen in zwei- bis dreistelliger Größenordnung für wenige Tage oder ein Wochenende zusammengerufen, um mit Unterstützung durch Experten in moderierten Runden anstehende besondere Projekte, Fragen, Probleme oder Konflikte zu bearbeiten und im Konsens Alternativen, eigene Ideen oder Lösungsvorschläge für die Kommunalpolitiker und die Bürgerschaft zu unterbreiten und zur Diskussion zu stellen. Somit können konstruktive Problem- und Konfliktlösungen auf eine breitere Basis gestellt werden.

Die Methode der kommunalen Bürgerräte

Bei den nach dem Zufallsprinzip ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt oder eines Ortsteils, die an unterschiedlich langen Zeiträumen zu einem gewählten Thema arbeiten, handelt es um »normale« Menschen, die also nicht wegen ihres

speziellen Vorwissens oder speziellen Qualifikationen ausgewählt wurden, sondern z.B. als Bewohner/innen eines Stadtteils oder einer Kommune. Insbesondere vertreten sie dadurch keine Interessengruppen oder Parteien, sondern bringen ihre ganz persönliche Meinung und ihre eigenen Vorschläge ein.

Am Ende des Bürgerrates wird von den Teilnehmer/innen eine gemeinsame Erklärung verfasst werden. Wichtig ist, dass sich die ganze Gruppe auf diese Erklärung einigt, die dann in einem zweiten Schritt der Öffentlichkeit präsentiert wird. Dies kann etwa in Form eines Bürgercafés geschehen, zu dem es keine Zugangsbeschränkung gibt. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger können daran teilnehmen. Wichtig ist, dass die relevanten Ansprechpersonen aus Politik oder Verwaltung anwesend sind.

Konsequenzen aus den präsentierten Ergebnissen ziehen

Bei der Präsentation sollen jedoch nicht nur Thesen und Lösungsideen vorgestellt werden. Neben den Inhalten geht es auch um die Atmosphäre im Bürgerrat, den Prozess und mögliche Aha-Effekte, die zu einem Durchbruch in der Diskussion geführt haben. Nach der Präsentation sind alle Beteiligten aufgerufen, für sich selbst und im eigenen Umfeld das Ergebnis zu reflektieren und gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen: Die politisch Verantwortlichen, die Verwaltung, sonstige beteiligte Institutionen und natürlich die Bürgerinnen und Bürger. Vom Stadtrat wird erwartet, dass er das Bürgergutachten und die darüber geführte öffentliche Diskussion in seiner Beratung und Entscheidungsfindung einbezieht.

Den Abschluss bildet eine Rückmeldung von Seiten der politischen Vertreter oder der Verwaltung an die Teilnehmenden des Bürgerrats, wie die Ergebnisse behandelt wurden und was gegebenenfalls weiterverfolgt wurde.



Begründung für Bürgerräte:

Umfrage-Ergebnisse: Unzufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie

Mehrere aktuelle Umfragen und Studien⁶ belegen übereinstimmend:

- 82% haben den Eindruck, politisch kein Gehör zu finden und die schweigende Mehrheit komme zu kurz
- 52% fühlen sich durch die regierenden Politiker nicht repräsentiert
- **50% beklagen fehlende Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen**
- 30% bis 40% sind unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie
- 64% haben kein Vertrauen in die Parteien
- 43% haben wenig Vertrauen in den Bundestag
- 42% haben wenig Vertrauen in die Regierung
- 45% haben wenig Vertrauen in die Medien

Mehrheitlicher Wunsch nach direkten Mitwirkungsmöglichkeiten

Demgegenüber streben viele nach Verbesserungen:

- 70% wollen direkte Mitwirkungsmöglichkeiten als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie
- 71% glauben, dass dadurch das Vertrauen in die Politik gestärkt wird und das Interesse an Politik steigt
- Nur 18% lehnen direkte Mitwirkungsmöglichkeiten ab
- **64% befürworten die Einrichtung von Bürgerräten**
- 57% glauben, dass Demokratie durch bundesweite Volksentscheide gestärkt wird,
- 67% befürworten, dass Gesetzesentwürfe durch Volksentscheide geändert oder gestoppt werden können
- 53% wollen geloste Bürgerversammlungen vor parlamentarischen Abstimmungen, um Fragen und Argumente einzubringen.

⁶ Studie mit Umfrage der Initiative „More in Common“ (Mehr Gemeinsamkeiten) über Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft 2019/ Umfrage „Bürgerrat Demokratie“ zur Demokratieentwicklung, Bürgerbeteiligung, direkten Demokratie und Lobbyismus, Oktober 2019 / Bertelsmann-Studie über schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien, Januar 2019/ Shell Jugendstudie 2019 / Ipsos-Studie 2018 zu Vertrauen, Populismus und Politikverdrossenheit / Autoritarismus-Studie der Heinrich Böll- und Otto-Brenner-Stiftung 2019 / Umfrage von dimap 2016/ Bertelsmann-Studie in Kooperation mit dem Staatsrat für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung BW/ Projekt „Dialogorientierte Bürgerbeteiligung“ als Wege zu einer neuen Beteiligungskultur der Bertelsmann-Stiftung 2014

Bürgerräte als Mittel gegen Politikverdrossenheit

Die meisten sind also überzeugt: Mehr Beteiligung und direkte Demokratie helfen gegen Politikverdrossenheit. Diese offenbarte sich auch in der geringen Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunalwahlen in NRW mit nur knapp über 50% (51,9%); vor Ort in Haltern etwas besser mit über 60% (62,59). Fast die Hälfte der Wahlberechtigten gehen nicht zur Wahl „Die Nichtwähler-Partei“ ist weiterhin die größte oder zweitgrößte Partei.

Zu mehr Vertrauen in die Politik trägt auch ein Lobbyregister bei (wie im März 2021 vom Bundestag nach langen Auseinandersetzungen beschlossen), für das sich zuvor 85% aussprechen. Fazit: Unsere Demokratie braucht nach dem Bürgerwillen eine „Frischzellenkur“ und Belebung durch Ergänzung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung

Krisenphänomene des politischen Systems und Protesthaltungen

Seit gut drei Jahrzehnten ist ein deutlicher Rückgang der Wahlbeteiligung erkennbar als Krisenphänomen des politischen Systems. Dies ist nicht nur auf politische Desinteressierte zurückzuführen, sondern bei vielen auch als Protesthaltung gegen die mangelnden Einflussmöglichkeiten auf die Politik mit dem bloßen Wahlakt, wie die Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema politische Beteiligung konstatiert.

In der *Leipziger Autoritarismus-Studie* von Heinrich-Böll- und Otto-Brenner-Stiftung von 2019 kam das deutsche System nur auf eine Zustimmung von rund 50 Prozent. Etwa ebenso viele finden, es gebe jenseits von Wahlen für Bürgerinnen und Bürger nicht genug Beteiligungsmöglichkeiten. Der Anteil der Nichtwähler ist hoch - besonders bei Einkommensschwachen und weniger Gebildeten.

Geringer Organisationsgrad der einflussreichen Parteien

Der Parteiendemokratie mangelt es an Legitimation für den alleinigen Meinungs- und Willensbildungsprozess, da sich wegen des geringen Engagements der Bürger in Parteien ein „Parteienmonopol“ verbietet, nachdem sich deren Mitgliederzahl seit 1990 halbiert hatte:

- Von den 62 Mio. Wahlberechtigten in Deutschland sind nur 1,2 Mio. Menschen in allen Parteien insgesamt als Mitglieder organisiert.
- Das sind umgerechnet keine 2% (1,9%) der Bevölkerung, so dass 98% nicht zu einem Engagement in den Parteien bereit sind.

Trends zu Veränderungen in der Parteienlandschaft

Die (geringe) Bereitschaft zur Mitwirkung von Bürgern in Parteien verändert sich meist nur temporär und marginal oder partiell:

- So haben die Grünen infolge der Klimaproteste aktuell Zulauf von über 10.000 jungen Menschen zu verzeichnen, von 7% Zuwachs ist die Rede und Steigerung der Mitgliederzahl von 75.000 auf über 96.000.
- Zuvor war es die Piraten-Partei, die über 34.000 vorwiegend junge Menschen auf dem Höhepunkt in 2012 zum Mittun bewegte und auf nur noch 7.400 Mitglieder heute absank.
- Auch die FDP konnte zeitweilig in den Jahren 2009 und 2013 viele neue junge Leute gewinnen, von 10% Zuwachs ist die Rede auf über 65.00 Mitglieder.
- Die Linkspartei verzeichnet nach einer temporären Eintrittswelle in 2013 heute fast 61.000 Mitglieder, sank aber unter ihren früheren Höchststand von 72.000 in 2009.
- Derzeit konnte die rechtspopulistische AfD über 30.000 Mitglieder rekrutieren und die Satire-Partei erreicht fast 10.000 Mitglieder.
- Die einstigen Mitgliederzahlen von CDU und SPD haben sich fast halbiert (SPD heute mit knapp 420.000 und CDU/CSU zusammen mit 445.000 Mitgliedern)
- Zuletzt strömten in der demokratischen Aufbruchstimmung der 1970-er Jahren 700.000 Menschen damals in die Parteien, überwiegend in die reformorientierte SPD unter Willy Brandt („Mehr Demokratie wagen“) sowie in die neu gegründete grüne Protestpartei aus der Umweltbewegung. (68-er „Marsch durch die Institutionen“).

Die etablierten Parteien leiden jedoch heute gleichermaßen an Überalterung und tendenziellem Mitgliederschwund, so dass die demokratische Zukunft nicht allein über das Parteienwesen gestaltet werden kann.

Veränderungen durch Bürgerbewegungen

Die vor 50 Jahren entstandene große Demokratiebewegung in der reformerischen Aufbruchzeit der 1970-er Jahre mit über 1.500 Bürgerinitiativen erwies sich als Gewinn für die Demokratie.

Der Zeitgeist drängte nach Mitbestimmung und Mitverantwortung mündiger Bürger - dank der engagierten Zivilgesellschaft.

Es gab Druck für Veränderungen durch Basisdemokratie. Vor allem wurden Themen gesetzt, die von etablierten Parteien und Politikern sonst nicht aufgegriffen wurden. (Daraus entstand damals die Umweltbewegung und die Gründung der grünen Partei).

Bürgerbeteiligung als Grundidee der Demokratie

Bürgerbeteiligung wurde als Grundidee der Demokratie erkannt (Das Volk als Souverän). Die Politik erkannte: Demokratie braucht Kooperation zwischen Bürgern und Staat.

Eine Regierung oder ein kommunales Gemeinwesen kann nur erfolgreich sein, wenn diese vom Engagement der Bürger getragen werden. Die Bürgerinitiativen der Zivilgesellschaft wurden zur bewegenden Kraft und zum Reformmotor der Demokratie, die einer ständigen Weiterentwicklung bedarf.

Vorteile verbesserter Bürgerbeteiligung

Die Bertelsmann-Stiftung hat ermittelt:

- 66% sind der Meinung, dass mehr Bürgerbeteiligung die politische Akzeptanz verbessert,
- 68% der Bürger (und 62% der Politiker) sind überzeugt, dass Bürgerbeteiligung Fehlplanungen und Fehlinvestitionen verhindern kann,
- 79% der Bürger (und 75% der Politiker) glauben, dass durch Bürgerbeteiligung neue Ideen in Planungsprozesse einfließen,
- 43% der Bürger finden nicht richtig, dass Politiker gegen Bürgerpräferenzen entscheiden (80% der Politiker sehen das anders).

Pro und Kontra Bürgerbeteiligung:

Kontra	Pro
<p>Skeptiker bringen gewöhnlich folgende Argumente gegen mehr Bürgerbeteiligung vor (mit Zweifeln an der Mündigkeit der Bürger):</p> <ul style="list-style-type: none"> • führt zu Verzögerungen, • bewirkt Spaltung der Gesellschaft, • den Bürgern fehlt die fachliche Kompetenz, • die Bürger sind manipulierbar durch Populisten • Entscheidungen würden blockiert, • gewählte Amtsträger werden beschädigt, • Eigeninteressen würden über das Gemeinwohl gestellt. 	<p>Die Befürworter halten dem entgegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr Ideenreichtum und Innovationsvielfalt, • höherer Informationsgrad der Bevölkerung, • höhere Entscheidungs-Legitimation • direkte Kontrolle von Amts- und Mandatsträgern • Schutz von Minderheitsinteressen • Vermeidung langwieriger Gerichts- und Streitverfahren • Planungsbeschleunigung durch Konfliktlösungen im Vorfeld.

Anhang

Informationen, Praxismodelle und Hilfestellungen für Bürgerbeteiligung

Im Info-Portal von „Mehr Demokratie e.V.“⁷ sowie auf der Website von „Bürgerrat Demokratie“⁸ gibt es einen umfassenden Überblick mit vielen Hilfestellungen für Bürgerbeteiligung:

- „Wegweiser Bürgergesellschaft – Bürgerschaftliches Engagement“
- Netzwerk Bürgerbeteiligung
- Stiftung Mitarbeit
- Servicestelle für bürgerschaftliches Engagement
- Allianz vielfältiger Demokratie (Praxismodelle)

Außerdem gibt es dazu Portale für „Demokratie vor Ort“ und einen Blog für Bürgerbeteiligung sowie eine Plattform für Bürgerdialog:

- Suchhilfe nach Beteiligungsprojekten
- Förderung und Unterstützung von Beteiligungsprozessen
- Kompetenzzentrum für Praxis und Theorie der Bürgerbeteiligung
- Plattform für Dialog zwischen Bürgern, Kommune und Organisationen
- Datenbank Bürgerbegehren
- Infos über Bürgerhaushalt und Planungszellen

Einige weiterführende Links zum Thema Bürgerräte

<https://www.mehr-demokratie.de/news/voll/reden-wir-ueber-buergerraete-online/>

<https://kommunal.de/b%C3%BCrgerbeteiligung-lotterie>

<https://oknrw.de/prima-klima-durch-buergerraete/>

<https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/buergerbeteiligung-in-der-praxis-methoden-und-verfahren-von-a-z/buergerrat/methodenbeschreibung/inhalt/komplettansicht/>

Kommunale Bürgerbeteiligung nach der Gemeindeordnung NRW

Neben der Beteiligung über Bürgerräte gibt es aus den formellen Regelungen der Gemeindeordnung weitere Möglichkeiten zur kommunalen Bürgerbeteiligung:

- § 24 (1) GO NRW: „Jeder kann sich einzeln oder in Gemeinschaft mit Beschwerden an den Rat wenden“. (Darüber hinaus gibt es Bürgerfragestunden in vielen Stadträten).
- § 26 (1) GO NRW: Bürgerbegehren (Bürgerantrag) muss vom Rat behandelt werden; mit 2/3 Mehrheitsbeschluss kann der Rat Abstimmungen über einen Bürgerentscheid

⁷ <https://nrw.mehr-demokratie.de/service-beratung/links/buergerbeteiligung/>

⁸ <https://www.buergerrat.de/>

an die Bürger verlagern. (Haltern mit 30.000-50.000 Einwohnern brauchte dazu Unterschriften von 7% der Bürger).

- § 26 (7) GO NRW: Bürgerentscheid ersetzt Ratsbeschluss (Bürger stimmen mit ja oder nein ab; in Haltern mit bis zu 50.000 EW braucht es dazu eine Mehrheit von min. 20%)

Daneben gibt es noch weitere Informationsrechte der Bürger, die sie von der Stadt einfordern können:

- § 23 (1) GO NRW: Unterrichtung der Einwohner über allgemeine oder konkrete Angelegenheiten und Planungen.
- § 23 (2): Gelegenheit zur Erörterung auf Einwohnerversammlungen (Letztere werden viel zu selten durchgeführt)

Es gibt also viele (oft ungenutzte, aber auch verbesserungsbedürftige) Beteiligungsrechte und -instrumente für die Bürger, bis hin auch zu formellen Beteiligungsrechten in Planverfahren (Bauleitplanung etc.), die aber nach politischen Bestrebungen zur Planungsbeschleunigung leider vielfach eingeschränkt statt erweitert werden sollen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt www.forumdrv.de

Verfasser: Herbert Bludau-Hoffmann, Dr. Ulrich Brack, Bernhard Damm, Wilhelm Neurohr, Wolfgang Roberz, Bernhard Unland.



„Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ 2021